



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> Aznar warnt vor „Populismuswelle“ in Lateinamerika



Gegenüber der konservativen chilenischen Tageszeitung *El Mercurio* sagte der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar (Foto), er wolle ein Ende der „Populismus-Welle“ in Lateinamerika sehen. Ansonsten „drohe die Rückkehr alter politischer, schlecht durchdachter Formeln“. Er sei sehr besorgt über die derzeitige Situation dort, wo links gerichtete Regierungen auferstünden und die politische Rechte entweder „zum Schweigen gebracht worden sei, verschwunden oder mit Komplexen behaftet wäre“. Die überall in der Region neu entstehenden politischen Bewegungen mit stark indigenem Charakter („indigenistas“), die teils marxistisch, teils revolutionär geprägt seien und teils auf ethnischen Kriterien basierten, seien nicht geeignet, um moderne Gesellschaften aufzubauen. Infolge dieses Linksrucks bestünde die Gefahr einer Abkoppelung des lateinamerikanischen Subkontinents von der entwickelten Welt, so Aznar weiter. Als besonders vom Phäno-

men des Linkspopulismus bedrohte Länder nannte Aznar, heute Präsident der PP-nahen FAES-Stiftung, die Länder Kuba, Venezuela, Bolivien und „möglicherweise“ Argentinien. Er hoffe, dass die „populistische“ Flut aufgehalten werden könne. Er selbst sei bereit, sich dafür einzusetzen und mit seinen lateinamerikanischen Partnern Widerstand zu organisieren, betonte der ehemalige Ministerpräsident. Wie in diesem Zusammenhang bekannt wurde, plant die von Aznar geführte Stiftung FAES für dieses Jahr eine Intensivierung ihrer internationalen Arbeit im lateinamerikanischen Raum.

Nach dem Erscheinen des Interviews ließen die Reaktionen nicht lange auf sich warten. So meldete sich der Botschafter Venezuelas in Madrid, Arevalo Méndez, zu Wort und bezeichnete Aznar als „Werkzeug der Yankees“. Aznar habe weder eine eigene Stimme, noch eine eigene Meinung, noch einen eigenen Kopf. Er sei verwundert, dass ein Mann wie Aznar „mit genügend intellektueller Fähigkeit“ imstande sei, so etwas von sich zu geben. Äußerungen vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums besäßen allerdings keine Relevanz, so Méndez weiter.

>> Zapateros Beauftragter für die Opfer des Terrorismus kündigt Rücktritt an

Zu einem Eklat kam es auf der 3. Internationalen Konferenz für die Opfer des Terrorismus in Valencia, als rund 50 Teilnehmer zu Beginn der Rede des Sonderbeauftragten der Regierung für die Opfer des Terrorismus, Gregorio Peces Barba (Foto), aus Protest den Saal verließen. Er sei „feige“ und verhalte sich äußerst „aggressiv“ gegenüber den Opferverbänden, hieß es auf Seiten der Kritiker. Der ehemalige ETA-Verteidiger habe nur gespalten und es auf Konfrontation angelegt, sagte einer der Protestler. In seiner Rede kündigte Peces Barba dann überraschend seinen Rücktritt bis spätestens Sommer 2006 an. Einen Grund gab er zwar nicht an; doch wird allgemein spekuliert, dass zum einen der Druck seitens der Opferverbände auf Peces Barba zu groß geworden war, und es zum anderen Unstimmigkeiten über den im Raum stehenden Verhandlungsprozess der Regierung Zapatero mit der baskischen Terrororganisation ETA gegeben habe. Bis auf der Verband der Opfer des 11. März, der von der Zapatero-Regierung erheblich unterstützt wird, begrüßten alle Opferverbände die Rücktrittskündigung. Insbesondere der Verband der Terroropfer (AVT), dessen Vorsitzender Francisco José Alcaraz wiederholt den Rücktritt von Peces



Barba gefordert hatte, zeigte sich erleichtert. Auch die Vertreter der spanischen Volkspartei äußerten sich „sehr zufrieden“. So bezeichnete PP-Chef Mariano Rajoy den Rücktritt als „gute Entscheidung“. Gleichzeitig griff er Zapatero an, da dieser wohl nicht den Mut gehabt hätte, vor die Opfern des Terrorismus zu treten, um ihnen seine „ETA-freundliche“ Politik zu erläutern. Zapatero, so Rajoy, behandle die ETA-Frontpartei Batasuna besser als die PP, die sich immer aktiv in den Dienst der Terrorismusbekämpfung gestellt habe.

>> Schlagabtausch zwischen Rajoy und Zapatero über Antiterrorismuspolitik

In der Aktuellen Stunde am 15. Februar im spanischen Parlament lieferten sich Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) und Oppositionsführer Mariano Rajoy von der Volkspartei einen heftigen Schlagabtausch über den richtigen Weg zur Bekämpfung des ETA-Terrorismus in Spanien. Der PP-Vorsitzende, der im Vorfeld des Sonderparteitags Anfang März wichtige Punkte für sich verzeichnen muss, wartete mit einem umfangreichen Fragenkatalog auf. So forderte er von Zapatero, Rechenschaft über die Entlassungen des Obersten Staatsanwalts Eduardo



Fungairiño und des Sonderbeauftragten für die Opfer des Terrorismus, Gregorio Peces Barba (vgl. Artikel oben), abzulegen. Ferner solle er erklären, warum er der 3. Internationalen Konferenz für die Opfer des Terrorismus in Valencia demonstrativ ferngeblieben sei. Schließlich möge er klar und deutlich sagen, ob er bereit sei, einen politischen Preis an die ETA zu zahlen. In seiner Rede listete Mariano



Rajoy (Foto) zudem die Ereignisse der vergangenen Monate auf: der Einzug der kommunistischen PCTV als

ETA-Frontpartei in das baskische Parlament, ohne dass die Regierung in Madrid dagegen eingeschritten sei; das Abhalten eines Parteitags der verbotenen Batasuna-Partei im Baskenland unter Duldung der Regierung; die Entlassung des als kompromisslosen ETA-Verfolger bekannten Staatsanwalts Fungairiño ohne Nennung von Gründen; die Lockerung der Haftlingspolitik und damit die frühzeitige Entlassung von ETA-Häftlingen; Gerüchte über Kontakte der Regierung mit ETA und Batasuna sowie der Bruch des Antiterrorkonsens zwischen Regierung und Opposition. Die Regierung, so Rajoy weiter, habe in allen Fällen das Volk über die wahren Motive ihrer Antiterrorpolitik im Unklaren gelassen. Stets habe die Regierung fadenscheinig argumentiert; Zapateros Politik entbehre jeglicher Transparenz, so Rajoy.

Regierungschef Zapatero (Foto) erwiderte, Rajoy verzerre wie üb-

lich die Wahrheit. In Spanien gehe alles rechtsstaatlich zu und dies könne keiner leugnen, der sich an die demokratischen Prinzipien halte. So sei die Freilassung von ETA-Häftlingen rechtlich begründet und nicht, wie Rajoy konstatierte, politisch bedingt. Daher seien die Behauptungen Rajoy's „völlig falsch“. Obwohl Rajoy den Regierungschef daraufhin nochmals mit Nachdruck aufforderte, seine Fragen zu beantworten, antwortete Zapatero nur spöttisch: „Sie sollten nicht nur schweigen, Herr Rajoy, Sie sollten gefälligst die Wahrheit respektieren.“

Die Parlamentsdebatte hat abermals verdeutlicht, wie schwierig es der Opposition fällt, in der Öffentlichkeit gegenüber der Regierung zu punkten. Auch wenn die Fragen des PP-Chefs durchaus berechtigt sind – denn die Regierung hat seit ihrem Amtsantritt keine transparente und klare Strategie zur Bekämpfung des ETA-Terrorismus vorgelegt – scheint die Oppositionsstrategie nicht richtig aufzugehen. Hinter der Volkspartei stehen zahlreiche Opferverbände, die einen politischen Preis für das Ende des Terrorismus vehement ablehnen. Diese stellen jedoch nur eine Minderheit dar. Die Mehrheit der Spanier will nach 38 Jahren ETA-Terrorismus endlich Erfolge sehen. Nach den Madrider Attentaten vom 11. März 2004, welche die Aznar-Regierung zunächst der ETA angelastet und diese damit ungewollt in eine Art Opferrolle gebracht hatte, will Spanien offenbar den friedlichen Weg durch Verhandlungen

nehmen. Umso schwieriger ist es für die Volkspartei, bei den Spaniern Sympathien für ihre kompromisslose Haltung in der Antiterrorpolitik zu gewinnen.

>> Zapateros Pakt mit CiU zum Autonomiestatut auf wackligen Füßen?

Die gepriesene Einigung zwischen Zapatero und der CiU zur Reform des Autonomiestatuts ist offensichtlich oberflächlicher als zunächst angenommen. In der Tat ist über die Details der Vereinbarung bisher nur wenig nach außen gedrungen. Dies hatte auch in der vorigen Woche die Volkspartei angemahnt und Zapatero deswegen zu mehr Transparenz aufgefordert.

Um die Einigung dingfest zu machen, hatte wohl Zapatero dem



Vorsitzenden der katalanischen Christdemokraten (UDC), Josep Antoni Duran i Lleida (Foto), versprochen, die Fas-

sung der Artikel des Statuts zur Sterbehilfe, Abtreibung und homosexuellen Lebenspartnerschaften, die mit den christlich-demokratischen Wertvorstellungen nicht vereinbar sind, zu ändern. Die liberale CDC, die mit der UDC in einem Parteienbündnis verbunden ist, hatte mit diesen Artikeln allerdings keine Probleme. Nun stellte sich heraus, dass die Artikel nur unwesentlich verändert worden sind, so dass UDC-Chef Duran i Lleida androhte, das Statut im Par-

lament nicht zu unterstützen. Schon im letzten Jahr bei der Verabschiedung des Gesetzes zur "Homosexuellen-Ehe" hatten die CiU-Abgeordneten im nationalen Parlament unterschiedlich abgestimmt. Damals stimmten zwei der Abgeordneten der CDC für das Gesetz und zwei enthielten sich. Die vier UDC-Parlamentarier stimmten dagegen mit Nein. Nachdem Regierungschef Zapatero die Autonomie-reform schon in trockenen Tüchern wähnte, sitzt er nun wieder in einer Zwickmühle. Denn zum einen benötigt er die Zustimmung der UDC, zum anderen kann er – selbst wenn er wollte – in der Gesellschaftspolitik kaum auf die Christdemokraten zugehen, da die katalanischen Grünen von der ICV eine konservativere Handschrift in diesen Teilen des Statuts nicht tolerieren würden. Die ICV hatte sich dem Pakt zwischen CiU-Chef Artur Mas und Zapatero angeschlossen und so dafür gesorgt, dass die notwendige Mehrheit auch ohne die Linksnationalisten von der ERC – Zapateros bis dato wichtigste parlamentarische Stütze – gesichert schien. Kenner der politischen Szene Spaniens vermuten, dass die Drohung von UDC-Chef Duran i Lleida lediglich ein politisches Manöver sein könnte, um das Gesicht vor der eigenen Wählerschaft zu wahren. Es gäbe noch Spielraum für einige kosmetische Korrekturen, so dass die UDC auf der einen und die ICV auf der anderen Seite zustimmen könnten, so der Tenor der Pressekommentare.

>> Europäische Presse schuld am Karikaturen- Streit?

In einem Artikel in der spanischen Tageszeitung El País bezichtigte Spaniens UN-Botschafter für die von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero initiierte „Allianz der Zivilisationen“, Máximo Cajal, die europäische Presse, die Gewaltaktionen in der islamischen Welt durch die Veröffentlichung der „zwölf dummen Karikaturen“ „bewusst“ provoziert zu haben. Er erinnerte an die „fanatischen Exzesse, die das Christentum vor nicht allzu langer Zeit begangen“ habe. Die Krise verdeutliche, dass eine „Allianz der Zivilisationen“ dringend notwendig sei, so der Botschafter. Cajal gilt als unkonventioneller Denker, der sogar die in Spanien undenkbare Rückgabe der zwei spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an Marokko gefordert hat. Indes hat sich die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice in einem Schreiben an Spaniens Außenminister Miguel Ángel Moratinos erstmals positiv zur Initiative der „Allianz der Zivilisationen“ geäußert. Die Initiative, so Rice, ver spreche Verständnis zu erzeugen sowie „demokratische Reform, Frieden und Stabilität“ im weiteren Nahen und Mittleren Osten zu fördern. Rice schlug fünf konkrete Projekte vor, die aus Sicht der USA einen Beitrag zum Dialog zwischen den Kulturen leisten sollen. Sie kündigte enge Zusammenarbeit mit Moratinos an.

>> Volkspartei holt auf in Andalusien

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes IDEA würden die Sozialisten in ihrer Hochburg Andalusien ihre absolute Mehrheit verlieren, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären. Die PSOE käme „nur noch“ auf 46 Prozent. Die PP könnte mit 38,5 Prozent rechnen, 7,5 Prozent mehr als bei den Wahlen vor zwei Jahren, die mit den nationalen Parlamentswahlen am 14. März 2004 zusammenfielen. Für die Kommunisten würde 8,1 Prozent stimmen und für die Andalusische Partei (PA) 4,3 Prozent. Insgesamt glauben 67 Prozent der Befragten, nach 25 Jahren PSOE-Regierung sei es in Andalusien Zeit für einen Regierungswechsel. 61 Prozent sprechen sich für einen neuen PSOE-Kandidaten aus. Bei den persönlichen Zustimmungswerten liegt dennoch Regionalpräsident Manuel Chavez mit 5.4 Punkten (auf einer Skala von 1 bis 10) vorn. Doch dicht hinter ihm liegt mit 5.2 Punkten sein Konkurrent von der PP, Javier Arenas (Foto). Ein Regierungswechsel in Andalusien wäre für die Volkspartei von enormer Bedeutung. Andalusien ist mit seiner Bevölkerung von mehr als 7 Millionen die bevölkerungsreichste Region Spaniens. Ein Wahlsieg der Konservativen in dieser PSOE-Bastion wäre aus deutscher Sicht wohl am ehesten mit dem Wahlsieg der CDU



in Nordrhein-Westfalen zu vergleichen.

>> Erneut Anstieg von illegaler Zuwanderung auf den Kanaren

Nach den Massenanstürmen auf die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Jahr verzeichnen die Innenbehörden einen erneuten Anstieg illegaler Zuwanderung auf die Kanaren. Erst am vorigen Wochenende waren 135 Afrikaner aus Marokko und Schwarzafrika auf den Kanaren in offenen Booten, sog. „pateras“, angelandet. Nach eigenen Aussagen wollten die Flüchtlinge über die Kanaren auf das spanische Festland gelangen, um von dort aus illegal in verschiedene EU-Länder auszuwandern. Nachdem die Grenzsicherungsmaßnahmen in Ceuta und Melilla ausgebaut wurden und die Warn- und Aufklärungssysteme zur frühzeitigen Entdeckung von Flüchtlingsbooten an der andalusischen Küste und auf den kanarischen Inseln verbessert wurden, waren die Zahlen der illegalen Einwanderer rückläufig. Anscheinend gelingt es den Schlepperbanden in jüngster Zeit aber wieder zunehmend, durch die Nutzung von Ausweichrouten und -häfen, die Grenzschützer zu überlisten und erfolgreich Illegale an die Strände der Kanaren zu bringen. Angesichts dieser Entwicklung bleibt das Thema „Illegale Einwanderung“ weiterhin ein Brennpunkt der politischen Diskussion in Spanien.

>> Portugals Staatspräsident bezieht Position im Karikaturen-Streit



Als „unverständlich und unannehmbar“ bezeichnete Präsident Jorge Sampaio (Foto) den Vorwurf, die umstrittenen Mohammed-Karikaturen seien westlicher Ausdruck einer „allgemeinen Fremdenfeindlichkeit“ gegen den Islam. Er rief zur Zurückhaltung und zum Dialog auf. Der scheidende Präsident betonte, dass, trotz aller berechtigten Kritik gegen die Karikaturen, das Recht auf freie Meinungsäußerung keinesfalls beschnitten werden dürfte. Gewalt in islamischen Ländern würde zumeist von Regimes, die nur „wenig demokratisch orientiert“ seien, „orchestriert oder toleriert“, so Sampaio.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Neue Postanschrift:

Plaza de Castilla 3, 16-D 2

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana